

# Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine  
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Postanfragen, für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf., Familienang. 15 Pf., Vereinsanzeigen 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O. Weisenthalerstr. 221/222. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

von

Dr. Max Sirsch.

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsleiter Rudolf Klein, N.O. Weisenthalerstr. 221/222, einzuenden sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 25.

Berlin, 23. Juni 1905.

Stebennunddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Ein Vierteljahrhundert badischer Fabrikeninspektion. — Delegationstag des Gewerksvereins der Deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter (Sirsch-Duncker). — Dreizehnter Delegationstag des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. — Hochschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

### Dr. E. E. Ein Vierteljahrhundert badischer Fabrikeninspektion.

Die badische Fabrikeninspektion kann auf das erste Vierteljahrhundert ihrer segensreichen Thätigkeit als Hüterin der Arbeiterschutzesetze zurückblicken. Anlässlich dieses wichtigen Abschnittes ihrer Wirksamkeit wurde Ober-Regierungsrath Dr. Karl Bittmann und Vorstand der Fabrikeninspektion damit betraut, die Ergebnisse der badischen Gewerbeaufsicht seit ihrer Begründung und die sozialpolitischen Verhältnisse in der Industrie in einem zusammenfassenden Berichte darzustellen.

Dieser Rückblick, der nicht allein einen werthvollen Beitrag für die Entwicklung der badischen Gewerbeaufsicht, sondern für die Entfaltung und Ausgestaltung dieser sozial-politisch so wichtigen Institutionen überhaupt bildet, ist soeben erschienen.)

Bei dem überaus reichhaltigen Inhalte dieser amtlichen Publikation dürfte es wohl angebracht erscheinen, sich an dieser Stelle etwas eingehender mit ihr zu beschäftigen.

Der Verfasser hat mit Recht davon Abstand genommen die Vorgänge und Zustände, die in 25 Jahren wahrgenommen wurden und schon Gegenstand regelmäßiger Berichterstattung waren, nochmals gedrängt wiederzugeben. Er hat vielmehr die ihm gestellte Aufgabe dahin aufgefaßt, daß die Thätigkeit der Fabrikeninspektion, wie sie sich durch die Gesetze und ihre Ausgestaltung einerseits und durch die Entwicklung von Industrie und Arbeiterschaft andererseits auf ihren wichtigsten Gebieten herausbildete, in ihren Hauptzügen zur Anschauung zu bringen sei.

Im ersten Abschnitte werden zunächst die Arbeiterschutzesetze Badens vor dem 1. Januar 1872 und die Entwicklungphasen des Titels VII der Gewerbeordnung dargestellt.

Hieran schließen sich zwei chronologisch geordnete Verzeichnisse der seit dem Inkrafttreten der Gewerbeordnung erlassenen, den Dienstkreis der Gewerbeaufsicht unmittelbar berührenden reichsgesetzlichen und in Baden landesgesetzlichen Bestimmungen.

Sodann wird gezeigt, wie durch die Ausgestaltung der Gewerbeordnung der Arbeiterschutz im Deutschen Reiche sich verbreiterte und vertiefte. Der Verfasser hat an Stelle einer erläuternden Darstellung aller der Wandlungen, denen das Fundament der Arbeiterschutzesetze, die Gewerbeordnung, in 28 Jahren unterworfen war, bis es seine heutige festgefügte Gestalt gewonnen hatte, zum ersten Male den Versuch gemacht, die historische Entwicklung dieses Gesetzes durch Zueinanderarbeiten der einzelnen Texte zu veranschaulichen. Es wird nämlich der Text des Titels VII in der letzten Neuedition vom 26. Juli 1900 (Reichsgesetzblatt S. 871 ff.) in der Weise wiedergegeben, daß ersichtlich wird, aus welchen Novellen die Fassung im Einzelnen stammt. Dies ergibt sich aus den Randzahlen

auf der linken Seite. Rechts am Rande sind jeweils die Daten der Inkraftsetzung vermerkt, und hierbei ist, wo diese durch Kaiserliche Verordnung erfolgte, dies besonders angegeben. Bestimmungen, Worte und Wendungen, deren Geltung erloschen ist, sind zur besseren Veranschaulichung kursiv gedruckt. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, außer den heute gültigen, auch die Fassungen der früheren Perioden abzulesen. Auf diese Weise will der Verfasser der mühsamen Aufgabe, an dem Texte selbst das Maß und die Richtung der fortschreitenden gesetzgeberischen Arbeit in ihren großen Zügen wie in den kleinsten Schattierungen erkennen zu lassen, gerecht werden. Und dieser Versuch, das Gesetz in allen Phasen seines Werdens auch äußerlich durch verschiedenen Druck festzuhalten, darf als vollkommen gelungen bezeichnet werden. Denn wie alle bedeutenden Kulturerscheinungen kann auch der Arbeiterschutz nur aus seiner Evolution völlig verstanden und gewürdigt werden, nicht aus seiner jeweiligen Daseinsform allein.

Die Einführung geordneter Gewerbeaufsicht in Baden und die Organisation der Fabrikeninspektionen wird in den beiden folgenden Abschnitten behandelt.

Der VI. Abschnitt, betitelt: Fabrikindustrie und Arbeiterschaft Badens, soll etwas eingehender hier gewürdigt werden. Zuerst wird betont, daß, wenn heute Baden ein bedeutendes Industrieland ist, dazu habe die Günst der Natur verhältnismäßig wenig beigetragen. Es besitze weder reiche Erzgruben noch uner schöpfbare Kohlenzechen. Dagegen verfüge es über gewaltige Wasserkraft, die es der Industrie mehr und mehr Unterthan zu machen vermag. Durch die Begabung und den Fleiß der Bewohner sei die badische Industrie ins Leben gerufen worden.

Im Jahre 1829 hatte Baden nur 161 Fabriken mit 2756 Arbeitern. Nach dem Eintritt 1835 in den preussischen Zollverein folgte eine schnelle Steigerung der Industrie, so daß im Jahre 1837 schon 294 Fabriken mit rund 9000 Arbeitern vorhanden waren. Die Baumwollindustrie überragte in diesem Jahre mit 70 Fabriken und 4000 Arbeitern alle anderen Industrien. Eine weitere Ausdehnung der Industrie wird für 1842 festgestellt. Die Zahl der Fabriken betrug nunmehr 342 mit 15000 Arbeitern. Die Baumwollindustrie war jetzt auf 89 Anlagen mit bald 7000 Arbeitern angewachsen. Von der Gesamtzahl der 1842 beschäftigten 15000 Arbeiter waren 5000 Heimarbeiter und 10000 eigentliche Fabrikarbeiter. Hiervon waren 5500 (52,4 pCt.) Männer, 2700 (25,7 pCt.) Frauen und 2300 (21,9 pCt.) jugendliche Arbeiter.

Eine im Jahre 1861 vorgenommene Zählung stellte die Zahl der Fabriken, Anstalten oder Werke auf 6859 Fabriken, mit, einschließlich der Hausindustrie, 50000 Arbeitern fest.

Nach einer auf Veranlassung des Reichskanzlers im Jahre 1874 vorgenommenen Erhebung, war die Zahl der Unternehmungen, welche zehn und mehr Arbeiter beschäftigten, 1261. Beschäftigt waren 70700 Arbeiter, wovon 62000 (88,0 pCt.) in den Betriebsstätten und 8500 (12,0 pCt.) in Hausindustrien. Von in Betriebsstätten beschäftigten 62000 Arbeitern waren 35000 (56,4 pCt.) Männer, 18000 (29,6 pCt.) Frauen und 8700 jugendliche Arbeiter. Von der Gesamtzahl der 70700 Arbeiter waren 37400 (52,9 pCt.) Männer, 23800 (33,8 pCt.) Frauen und 9400 (13,3 pCt.) jugendliche Arbeiter.

In einer großen 45 Rubriken umfassenden inhaltreichen Tabelle wird der Aufbau der Arbeiterschaft Badens in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen in den Jahren

\*) Die Badische Fabrikeninspektion im ersten Vierteljahrhundert ihrer Thätigkeit 1879 bis 1903. Ein Rückblick auf die Entwicklung der Industrie, Arbeiterschaft, Arbeiterschutzesetze und Gewerbeaufsicht. Karlsruhe, Raslowsch Buchhandlung 1905. 452 S. (Mk. 6.—)

1892 bis 1903 veranschaulicht. Hieraus ist ersichtlich, daß die Zahl der Betriebe von 4870 im Jahre 1892 auf 8340 im Jahre 1903 gestiegen war.

Es fand ein Anwachsen der Betriebe, die jugendliche Arbeiter beschäftigten, von 1650 auf 2880 statt.

Auch die Zahlen der Arbeiter insgesamt, der männlichen Erwachsenen und der jugendlichen Arbeiter, zeigen bis zum Jahre 1900 ein konstantes Anwachsen. Die Zahl der Arbeiter insgesamt, im Jahre 1892 126 395 betragend, schwoll bis zum Jahre 1900 auf 199 973, um im Jahre 1901 auf 185 271 zurückzugehen.

Im Gegensatz hierzu wurde die absolute alljährliche Zunahme in der Zahl der erwachsenen weiblichen Arbeiter durch die ungünstige industrielle Konjunktur kaum gehemmt. Die Zahl dieser Arbeiter stieg in der Periode von 35 670 auf 51 670. Der Jahreszuwachs betrug im Durchschnitt 1333.

In drei Tabellen werden sodann die bedeutenderen Industriezweige Badens und deren Arbeiterschaft in ihrer Entwicklung in dem gleichen Zeitraum verfolgt.

Obenan steht die Tabak- und Cigarrenfabrikation. Sie hat ihre Betriebe von 464 auf 729 vermehrt. Die Arbeiterschaft stieg von 24 000 auf bald 34 000.

Die Betriebe der Bijouterie-Industrie wurden von 384 auf 555 vermehrt. Es fand ein Anwachsen der Arbeiterschaft von 10 000 auf 16 000 statt.

Die Dichtigkeit der Arbeiterbevölkerung in den einzelnen Amtsbezirken bewegt sich zwischen 25,55 und 0,64 pCt. Pforzheim steht mit 25,55 pCt. obenan, als zweiter folgt der Amtsbezirk Säckingen mit 24,48 pCt., als dritter Wiesloch mit 23,52 pCt.

Nach der absoluten Zahl der Betriebe steht ebenfalls Pforzheim mit 1101 an erster Stelle, worauf Mannheim mit 936 an zweiter Stelle folgt. Das nach der Arbeiterdichtigkeit an dritter Stelle stehende Wiesloch rückt nach der Zahl der Betriebe an die vierundzwanzigste Stelle.

Nach der absoluten Zahl der Arbeiter steht Mannheim obenan mit 29 000. Ueber 20 000 Arbeiter weist nur noch Pforzheim auf. Nach der Zahl der weiblichen Arbeiter steht Pforzheim mit 6500 an erster Stelle, dann folgt Mannheim mit 5000. Nach der Zahl der jugendlichen Arbeiter steht wieder Pforzheim mit 2200 obenan, worauf Mannheim mit 1800 folgt.

In einer Tabelle wird die Entwicklung der Organisationen der Arbeiter im Großherzogthum vom Jahre 1892 bis zum Jahre 1903 verfolgt. Danach haben die Gewerkschaften seit dem Jahre 1894 ihre Verwaltungs- und Zahlstellen von 139 auf 257, die Zahl ihrer Mitglieder von 5000 auf 17 000 vermehrt. Die Zahl der Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine (Ortsvereine) ist von 55 im Jahre 1894 auf 79, die Zahl der Mitglieder von 2325 auf 4174 gestiegen.

Bei den Christlichen Gewerkschaften stiegen seit 1900 die Verwaltungs- und Zahlstellen von 52 auf 68 die Mitglieder von 6309 auf 6762.

Ein Vergleich der beruflich organisierten Arbeiterverbände im Jahre 1903 ergibt folgendes Bild:

	Zahl der Mitglieder	pCt.
Gewerkschaften . . . . .	17 614	61,70
Gewerksvereine . . . . .	4 174	14,62
Christl. Gewerkschaften . . . . .	6 762	23,68
Zusammen	28 550	100,00

Aus diesem Vergleich mögen unsere badischen Verbandsgenossen lernen, was sie zu thun haben, um aus der dritten Stelle in die zweite bzw. erste zu kommen.

Jedem, besonders aber unseren badischen Freunden, dürfte jedenfalls das eingehende Studium des werthvollen Dr. Bittmann'schen Buches reichen Gewinn bringen.

### Delegirtentag des Gewerkvereins der Deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter (Hirsch-Dunker).

Im Hotel de Saxe zu Posen trat am 2. Pfingstfeiertag, Abends 6 Uhr, die Generalversammlung des Gewerkvereins und der Krankenunterstützungskasse zusammen. Die Vorstandersammlung eröffnete der Vorsitzende des Hauptvorstandes Steinfurt-Berlin und wies in seiner Begrüßung auf die Bedeutung des diesjährigen Delegirtentages hin und erlucht gleichzeitig um eine gründliche, jedoch möglichst rasche Erledigung der äußerst reichen Tagesordnung. Nachdem die Reihenfolge der zu beratenden Gegenstände festgesetzt war, mehrere Dringlichkeitsanträge angenommen und das Bureau zur Leitung der Ver-

handlungen sich konstituirte hatte, folgten die Delegirten einem Rufe der Posener Gewerksvereiner zu einer kleinen Empfangsfeier im genannten Lokale.

Am Dienstag, Vormittag 9 Uhr, begannen die eigentlichen Verhandlungen. Der Vorsitzende, König-Weißensels, begrüßte die anwesenden Abgeordneten sowie Mitglieder der Posener Ortsvereine, insbesondere den Centralratsvertreter, Verbandsredakteur Goldschmidt, und wünschte, daß die übernommenen Pflichten zum Wohle unserer Organisation erfüllt werden möchten. Die Verlesung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit der nachstehend genannten Delegirten:

Barnert-Baderborn, Below-Posen, Wittner-Gaynau, Frey-Ulm, Geber-Weißensels, Koch-Weißensels, König-Weißensels, Gondorf-Wülheim, Groß-Lauenburg, Hambisch-Rohwein, Hüttig-Leipzig, Jaksch-Birmalens, Lemke-Belchau, Ossowski-Strausberg, Proste-Striegau, Scholz-Frankfurt (Ober), Wallbraun-Neuhaldensleben und Wolff-Lhorn.

Der Hauptvorstand war vertreten durch den ersten Vorsitzenden Steinfurt, den Hauptschriftführer Winter und den Hauptkassirer Rehl, sowie im Antrage des Revisionsausschusses Hauptkassenrevisor Busse. Der Verbandsanwalt und der Centralrat der Deutschen Gewerksvereine hatte den Verbandsredakteur Goldschmidt in ihrem Auftrage entsandt. Derselbe gedachte in seiner Rede des verstorbenen Centralratsvertreters Moritz Schulz, Berlin, welcher früher den Verband auf diesen Delegirtentage vertrat und mit bestem Erfolge gewirkt hatte. Redner erwähnte insbesondere die Ereignisse der letzten Zeit und hofft, entstandene Meinungsverschiedenheiten in Ruhe zu sühlichen. Da der Verbandsanwalt von Neuen erkrankt sei und gegenwärtig auf einer Reise nach dem Süden begriffen ist, war es ihm nicht möglich gewesen, den Beratungen persönlich beizuwohnen. Zu den Verhandlungen sendet er dem Delegirtentage die aufrichtigsten Glückwünsche. Außerdem waren erschienen Regierungs- und Gewerkerath Spegler, sowie der Direktor der staatlichen Maschinenbauerschule Brauu. Besonders groß war die Zahl der eingegangenen Glückwunschschriften und Telegramme von Personen und Ortsvereinen.

Aus dem gedruckt vorgelegenen Geschäftsbericht 1902-04 standen zu erwähnen: Die Ausgaben der letzten Berichtsperiode 1902-04 standen in keinem Verhältnis zu den Einnahmen. Das Vermögen des Gewerkvereins hatte sich nur sehr langsam aufwärts bewegen können. Es stieg von 42 672 Mk. auf 47 142 Mk. Der gegenwärtige Mitgliederstand beträgt 5918. An verschiedenen Unterstützungen gewährte der Gewerkverein 51 711 Mk. Auch an den Vorgängen im öffentlichen Leben nahmen die Mitglieder regen Antheil, so insbesondere in der Lederzollfrage. Bei eingetretenen Lohnbewegungen wurde stets mit besonderer Sorgfalt auf den Abschluß von Tarifverträgen hingewirkt. In Anbetracht der Bedeutung der Tarifverträge für die Schuh- und Lederindustrie hatte auch diese Generalversammlung ihre Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Zu diesem Zweck hatte der Hauptschriftführer Winter das einleitende Referat übernommen.

Referent führte aus, daß gerade in der Schuh- und Lederindustrie mit den verschiedensten Lohn- und Arbeitsmethoden eine bis ins kleinste Detail dargelegte Vereinbarung in Bezug auf die Lohnverhältnisse geschaffen werden muß. Die enorme, aller Beschreibung spottende Konkurrenz in der Schuhwaarenbranche zwingt die Fabrikanten, die Preise für ihre Produkte immer mehr herabzusetzen. In Rücksicht auf diese, für den Arbeiter schädigenden Verhältnisse, muß es das ernste Bestreben derselben sein, feste Tarifverträge abzuschließen. Leider bestehen in der Schuh- und Lederindustrie noch sehr wenige derartige Abkommen, trotzdem man es hier mehr mit Mittel- als mit Großbetrieben zu thun hat. Die zur Zeit bestehenden Tarife lassen jedoch an der Garantie ihrer Anwendung große Zweifel, weil keine Institutionen vorgeesehen sind, denen die Ueberwachung obliegt, z. B. das Vorhandensein einer paritätischen Kommission. Mit Ausnahme einiger Lederfabriken und Militäresketenfabriken ist die Schuhfabrikation fast gänzlich verkont geblieben, da sich der Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten stets gegen den Abschluß von Tarifverträgen ausgesprochen hat. Die vom 4. Juni d. J. ab in Eisenach verammelten Schuh- und Schäftefabrikanten legten zwar den orthodoxen Standpunkt etwas von sich, behalten aber ihre prinzipielle Abneigung in der Tariffrage aufrecht. Durch die Vorgänge und den Verlauf der Weißenseler Tarifbewegung belehrt, nahmen die Fabrikanten in Eisenach eine Resolution dahingehend an, daß den Fabrikanten gestattet werden soll, bei eingetretenen Differenzen mit den Arbeitern zu verhandeln. Sollte mit diesen eine Einigung fehlschlagen, begiebt sich eine Kommission aus Vertretern der Arbeiter und Fabrikanten an den betreffenden Streitort, um eine eingehende Untersuchung der Ursachen des Ausstandes vorzunehmen. Sollten auch diese Bemühungen erfolglos werden, dann tritt sofort eine außerordentliche Generalversammlung zusammen. Hierin erblidet der Referent den Pferdefuß, der die Arbeiter treten soll: die zu beschließende Generalaussperrung. Unsere Pflicht wird es nun sein, Vorkehrungsregeln zu treffen, um vor solchen Kraftproben gewappnet zu sein und den Fabrikanten die Stärke und die Macht der Arbeiterorganisationen zu offenbaren.

In der Diskussion beleuchtete insbesondere Verbandsredakteur Goldschmidt das Wesen und die Bedeutung der Tarifverträge. In seinen wirkungsreichen Ausführungen betonte er, daß die Deutschen Gewerksvereine die Gränder dieser Idee seien und daher auch die unbedingte Pflicht haben, diese Friedensidee immer wieder mit be-

sonderem Nachdruck zu vertreten. Nur der geistige und wirtschaftliche Fortschritt der Arbeiterklasse kann zu einem gesunden und leistungsfähigen Wohlstande des Volkes führen. Trotz des großen Widerstandes bei den Fabrikanten Männern und dürfen wir nicht erlahmen, den Gedanken zu verbreiten, der den Arbeitern den ihm zukommenden Anteil an dem Wirtschaftsleben verbürgt. Nach längerer Diskussion, worin ein selbstständiges Vorgehen bei den Bewegungen thunlichst zu befolgen empfohlen wurde, einigte sich die Generalversammlung auf folgende Beschlüsse, die auch einstimmige Annahme gefunden haben. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die am 13. Juni 1905 in Posen tagende General-Versammlung des Gewerkschafts der deutschen Schuhmacher und Lederarbeiter empfiehlt allen Ortsvereinen, auf den Abschluß von Tarifverträgen mit vollem Nachdruck hinzuwirken, hierbei möglichst selbstständig vorzugehen. Die Pflicht hierzu liegt den Vereinsvorständen ob, jedoch können zu diesem Zweck besondere Kommissionen gebildet werden.

Die Generalversammlung beauftragt, daß die am 4. Juni in Eisenach abgehaltene Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten sich grundsätzlich gegen Tarifabschlüsse ausgesprochen hat. Eine Hauptversammlung hat es zwar den einzelnen tarifunfählichen Fabrikanten überlassen, Lohnverträge mit ihren Arbeitern abzuschließen. Dies vermag aber kaum auf andere Fabrikanten anregend zu wirken. Den Beschluß der Eisenacher Hauptversammlung, drohende oder ausgebrochene Differenzen durch eine Schiedskommission zu schlichten, findet die Zustimmung der Posener Generalversammlung unter der Voraussetzung, daß die Schiedskommission der Fabrikanten mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen in direktem Verkehr tritt.

Gegenüber der Drohung, die organisierten Arbeiter auszusperrten, fordert die Generalversammlung alle Mitglieder der Organisation ernstlich auf, unablässig für die Ausbreitung und Kräftigung des Gewerkschafts zu wirken, um ein auf gegenseitiger Achtung und bürgerlicher Gleichberechtigung beruhendes Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter herbeizuführen, im Interesse des gesamten Gewerks zu einer friedlichen Gestaltung der Arbeitsbedingungen durch vereinbarte Lohnverträge zu kommen.

Diesem wichtigen Theil der Tagesordnung folgten die Anträge auf Erhöhung der Beiträge und Abänderung der Unterstützungseinzahlungen. Das allgemeine Referat hierüber hatte Hauptkassierer Rehl. Im Ganzen lagen hierin 33 Anträge vor, über welche eine eingehende Aussprache stattfand. Die Delegirten waren einmüthig der Ansicht, daß eine Berufsorganisation größere Kapitalien ansammeln müsse, um aufzubringen den Kampfstand zu halten. Auch müßten der durch die Weissenfeler Tarifbewegung stark in Anspruch genommenen Vereinskasse wieder größere Mittel zugeführt werden. Während die bisherigen Wochenbeiträge in Sägen von 5, 10, 15, 20 und 25 Pfg. erhoben wurden, kommen nunmehr folgende Beiträge zur Erhebung: Ehefrauen zahlen 5 Pfg. Beitrag ohne Unterstützungsanspruch, die gegenwärtig dem Gewerksverein angehörenden kleinen selbstständigen Meister können in der 10 Pfg.-Stufe verbleiben, während alle Lohnarbeiter 20, 25 oder 30 Pfg. wöchentlich zahlen müssen. Durch die Beitragserhöhung von 5 Pfg. pro Stufe glaubte man den geforderten Ansprüchen zu genügen. Die bisherigen Unterstützungssätze bleiben bestehen; jedoch erhalten arbeitslose oder im Streik befindliche Mitglieder die Beiträge für den Gewerksverein aus der Vereinskasse gedeckt. Während bei der Streikunterstützung die Karenzzeit 6 Monate betrug, wurde dieselbe den heutigen Verhältnissen entsprechend auf 3 Monate reduziert. Die Beihilfe zu den Umzugskosten wurde erhöht auf 50 Mk. Höchstbetrag und Herabsetzung der Mindest-Kilometerzahl, auch wurde die Wartzeit zum Bezug derselben auf 1 Jahr herabgesetzt. Da die Reiseunterstützung früher von dem Umzugsgelde abgezogen wurde, soll jetzt das volle Umzugsgeld ausgezahlt werden.

Eine umfangreiche Debatte entspann sich bei der Berathung über die zum Vereinsorgan „Der Lederarbeiter“ gestellten Anträge. Da das wöchentliche Erscheinen des Organs eine Mehrausgabe von mehr als 5000 Mk. verursache, wurde die Generalversammlung sich dahin einig, dem Hauptvorstand zu beauftragen, den Antragstellern bei passender Zeit ihren Wünschen zu entsprechen. Bei der Berathung über eine vorliegende Beschwerde anlässlich eines zurückgesandten Artikels kam es zu längerer Aussprache über die Haltung des Vereinsorgans „Der Lederarbeiter“ in den allgemeinen Arbeiterfragen. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß „Der Lederarbeiter“ vorzüglich redigirt werde. Verbandsredakteur Goldschmidt forderte, daß die uns trennenden Gegensätze mit der Sozialdemokratie in schärferer Form zum Ausdruck kommen müßten. Die Gewerksvereiner können unmöglich ihre Selbstständigkeit aufgeben und dem großen Haufen nachlaufen. Die weitere Entwicklung der Gewerksvereine werde diese in der Ansicht bestärken, daß sie im Rechte sind. Um den Raum des Vereinsorgans nicht mehr für amtliche Sachen in Anspruch zu nehmen, wurde beschlossen, die Protokolle in Form einer Beilage zu versenden.

Eine einmüthige Auffassung trat bei Berathung der zur Agitation gestellten Anträge zu Tage. Vor Allem sollen die einzelnen Ortsvereine mehr unter sich in Verbindung treten. Um dieses torrett durchzuführen, ist es den Bezirksleitern gestattet, alljährlich einen Bezirkstag abzuhalten und sollen die Vertreter der Ortsvereine die Kosten der Bahnfahrt dritter Wagenklasse vergütet erhalten. Zur Anstellung von besoldeten Agitationsbeamten in der Provinz konnte sich die Generalversammlung nicht entschließen, trotzdem die Nothwendigkeit und deren erfolgreiche Thätigkeit in anderen Gewerksvereinen anerkannt wurden. Um der Thätigkeit der einzelnen

Bezirksleiter in den Provinzen den genügenden Nachdruck zu verleihen, wurde an Stelle des bisherigen Hilfsarbeiters P. Bloch, Hüttig-Leipzig als besoldeter Vorsitzender gewählt, dem hauptsächlich die allgemeine Agitation obliegen soll. Da derselbe erst mit dem 1. September sein Amt antritt, bleibt der bisherige Hilfsarbeiter bis zum 1. Oktober im Bureau thätig. Für die der Organisation geleisteten Dienste wurde dem Hilfsarbeiter Paul Bloch von allen Delegirten, insbesondere vom Centralratsvertreter Verbandsredakteur Goldschmidt die beste Anerkennung gezollt und der Dank dafür ausgesprochen.

Die Anträge vieler Ortsvereine, die Vereinsvorsitzenden mit einer kleinen Summe für ihr Amt zu entschädigen, wurden sämtlich abgelehnt. Den für eine Aenderung des Rechtschutzes gestellten Anträgen erteilte dasselbe Schicksal, dagegen erhielt das Bureau der Hauptverwaltung das Recht, einwandfreie Unterstützungsgesuche und Rechtschutzanträge sofort zu erledigen. Von besonderer Wichtigkeit erscheint die Gründung von Lokalkassen zur Bestreitung lokaler Ausgaben und die Bestimmung, daß sämtliche Mitglieder dem Beitragsschwange unterliegen, wenn die Gründung einer solchen von der Vereinsversammlung ordnungsmäßig beschlossen ist.

Die während und nach der Tarifbewegung in Weissenfels hervorgetretenen Differenzen zwischen dem Hauptvorstand einerseits und dem Ortsverein Weissenfels andererseits führten zu einer ausgiebigen Aussprache. Die sehr sachliche, und fern von persönlichen Anzuspaltungen gehaltene Diskussion klärte manches Mißverständnis auf und wurde dies durch einstimmige Annahme folgender Resolution zum Ausdruck gebracht:

Die zwischen dem Ortsverein Weissenfels und dem Hauptvorstand entstandenen Differenzen haben durch eine gründliche Aussprache volle Aufklärung gefunden. Die Generalversammlung nimmt hiervon erfreut Kenntniß, und erklärt die Sache damit für erledigt.

Um den Mitgliedern eine Direktive bei künftigen Bewegungen zu geben, genehmigte die Generalversammlung ein vom Hauptvorstand ausgearbeitetes Reglement. Dieses enthält Bestimmungen für Abwehr- und Angriffstreiks, sowie insbesondere die Vorschriften über das Verhalten der Gewerksvereinsmitglieder beim Zusammengehen mit anderen Organisationen. Unter allen Umständen muß den Gewerksvereinsmitgliedern das Mitbestimmungsrecht in den Kommissionen eingeräumt werden.

Eine geraume Zeit nahmen die Wahlen in Anspruch. Wie bereits in dem Abschnitt „Agitation“ angeführt ist, wurde Hüttig-Leipzig zum ersten Vorsitzenden und Steinfurt-Berlin zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Der Hauptkassierer Rehl und Hauptchriftführer Winter wurden ebenfalls in ihren bisherigen Stellungen belassen. Zu Beisitzern im Hauptvorstand bestimmte der Delegirtenrat die Kollegen Baldowski, Böcker, Fehner, Dietrich und Legenecker. Die Wahl der Revisoren fiel auf die Genossen Busse, Scharff und Krause. Außerdem wurden 12 Ersatzmänner gewählt. In den Centralrat delegirte man Winter und Hüttig, während Geyer, Barnert und Hüttig zu Vertretern des Gewerksvereins für den Verbandstag auserwählt wurden. Nachdem noch 9 auswärtige Hauptvorstandsmitglieder gewählt waren, wurden die Gehälter der Beamten festgesetzt. Es erhält jeder Beamte gleichmäßig ein Jahresgehalt von 2000 Mk.

Nach Erledigung einiger Dringlichkeitsanträge wurde ein von der außerordentlichen Generalversammlung 1904 überwiegenes Unterstützungsgesuch nach Möglichkeit berücksichtigt. Da nunmehr Schluss der Berathungen eingetreten war, gab der Vorsitzende ein längeres Resümee über den Verlauf des ganzen Delegirtentages und damit vor Allem dem Vertreter des Centralrats für seine wertvolle Mitwirkung bei den Verhandlungen. Verbandsredakteur Goldschmidt spricht die Hoffnung aus, daß die gefassten Beschlüsse dem Wachstum des Gewerksvereins dienlich sein werden und es Aufgabe der Delegirten sei, die neuen Aufgaben in die Wasse hineinzutragen. Ein begeistertes „Hoch“ auf die Gewerksvereinsbewegung und Verbandsanwalt Dr. W. Fisch, schloß den Delegirtenrat des Gewerksvereins.

Am Donnerstag Vormittag mußte die Generalversammlung des Gewerksvereins unterbrochen werden, um diejenige der Krankenunterstützungskasse abzuhalten. Wie die vorgelegene Zusammenstellung der Rechnungsabschlüsse für die Jahre 1902-1904 zeigt, hatte die Kasse eine Periode günstiger Entwicklung. Die Gesamteinnahme betrug in den letzten drei Jahren 318 221 Mk., denen eine Gesamtausgabe für Unterstützungen und Verwaltungskosten im Betrage von 277 623 Mk gegenüber steht. Dem Reservefonds wurden 27 712 Mk. zugeführt. Das Vermögen der Krankenunterstützungskasse einschließlich des Betriebskapitals der Hauptkasse und der Verwaltungsstellen stieg von 96 706 Mk. im Jahre 1902 auf 111 637 Mk. Ende 1904, mithin ein Mehr von 14 931 Mk. Der Stand der Mitgliederzahl ist in der Krankenkasse zur Zeit 4832.

Der günstige Stand der Kasse verführte eine große Zahl von Verwaltungsstellen Anträge zu stellen, die Beiträge zu ermäßigen oder die Unterstützungen zu erhöhen bezw. deren Dauer zu verlängern. Die Stassenabgeordneten waren einmüthig der Ansicht, daß es für die Kasse eine Gefahr bedeute, wenn man auf das eine oder andere Experiment eingehe. So war es dann auch möglich geworden, die 32 Anträge umfassende Tagesordnung innerhalb eines halben Tages zu erledigen.

Der diesjährige Delegirtenstag des Gewerkevereins der Schuhmacher und Lederarbeiter überragte in seiner Tagungsdauer alle seine Vorgänger. Auch in seinen Beschlüssen wird derselbe einen hervorragenden Platz in den Annalen des Gewerkevereins einnehmen. Die in der Tarifrésolution gelegte Richtschnur für Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der prinzipiellen Stellungnahme zu den Tarifverträgen in der Branche, die Verhaltensmaßregeln für die Mitglieder beim geschlossenen Zusammengehen mit anderen Organisationen, die Erhöhung der Beiträge zur finanziellen Mehrleistung der Kasse und vor Allem die gründliche, fern von persönlichem Haberd und jedweder Zwietracht geführte Aussprache und endgiltige Beilegung der aufgetauchten Differenzen zwischen dem Hauptvorstand und dem Ortsverein Weisensfeld legen Zeugnis ab von der harten Arbeit und dem großen Erfolge der geführten Verhandlungen. Am Montag, den 12. Juni, begannen mit einer Vorversammlung die Beratungen und endeten am Sonnabend, den 17. Juni, Mittags.

Neben der Berrichtung harter Arbeit fehlte auch nicht die Erholung und Zerstreuung. Durch Vermittelung unseres Verbandsredakteurs Abg. Goldschmidt wurden besichtigt das Kaiser Friedrich-Museum unter Führung des Herrn Direktors, ferner der Zoologische Garten, in welchem der Begründer desselben, Herr Stadtrath Kästel, die Leitung übernahm. Besonders Interesse fanden die Delegirten auch an der durch unsern Posenener Delegirten Below vermittelten Besichtigung des alten ehrwürdigen Rathhauses und schön war auch der gemeinsame Besuch des Operettenabends. Mit dem Ausspruch, daß sich Alle in Posen sehr wohl gefühlt haben, eilten die Delegirten und Vertreter ihrem Heimatsorte zu.

### Dreizehnter Delegirtenstag des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Abgehalten zu Chemnitz vom 13.—20. Juni 1905.

Erster Verhandlungstag. Der erste Vorsitzende, Rektor Augsburg, eröffnet die Verhandlungen. Eine große Anzahl Begrüßungsschreiben und Begrüßungsgramme wurden zur Kenntnis gebracht. Herr Dr. Rahn, Leipzig, der als Gast erschienen ist, wird herzlich begrüßt. Generalsekretär Gustav Hartmann erstattet den Tätigkeitsbericht. Trotz der Bedrängung von allen Seiten war es auch in dieser Berichtsperiode möglich, sowohl die Mitgliederzahl, wie auch die Zahl der Ortsvereine zu vermehren. Der langjährige Generalsekretär Robert Mauch mußte in Folge andauernder Krankheit sein Amt niederlegen; es wurde ihm eine Pension von 100 Mk. monatlich bewilligt.

Die große Arbeitslosigkeit der Jahre 1902 und 1903 und die damit verbundenen umfangreichen wirtschaftlichen Kämpfe stellten große Anforderungen an die Gewerkevereinsklasse, es wurden aus diesem Grunde die Beiträge um 5 Pfg. pro Woche erhöht.

Dem Verlangen der Mitglieder beinahe aller Provinzen und Bundesstaaten nach Anstellung lokaler Beamter entsprechend, beschloß der Generalrat überal dort, wo die Mitglieder freiwillig, laufende Beiträge zur Anstellung eines Lokalbeamten zu zahlen bereit sind, aus der Hauptklasse zwei Filialen an diesen Ausgaben beizutragen. Heute funktioniren bereits zehn solche Lokalbeamte in den verschiedenen Gegenden Deutschlands.

Das Verhältnis des Gewerkevereins zum Verband der Deutschen Gewerkevereine war in den drei verfloffenen Jahren ein durchaus kollegiales.

Zur Frage der Fleischvertheuerung brachte der Generalrat die Stellung des Gewerkevereins in einer Resolution zum Ausdruck. Auch am ersten allgemeinen deutschen Wohnungskongreß, der im Oktober 1904 in Frankfurt a. M. stattfand, war unser Gewerkeverein als korporatives Mitglied beteiligt. Der Redner vertritt sich ferner über die gehässige Art und Weise, in der der Gewerkeverein seitens anderer Organisationen bekämpft wird. Trotzdem ist eine erfreuliche Zunahme der Mitgliederzahl und Ortsvereine zu verzeichnen. Die Zahl der Ortsvereine ist um 106 = 17,7 pCt. gestiegen, während die Mitgliederzahl sich um ca. 10 000 vermehrt hat. Aus der gedrängt zusammengestellten Darstellung über die Arbeitsdifferenzen zeigt sich, in welcher intensiver Weise der Gewerkeverein in den vergangenen 3 Jahren an den Arbeitsdifferenzen beteiligt war.

Unmittelbar hinterher erfolgte der Bericht des Schatzmeisters Baldi-Berlin. Der Kassenbericht ergibt, daß seit 20 Jahren das Vermögen jedes Jahr mit einem Ueberschuß abschloß, dann zum ersten Male das Jahr 1902 eine Mehrausgabe zeigte, die auch 1903 anhält und erst das Jahr 1904, durch die inzwischen erfolgte Erhöhung des Beitrages wieder eine kleine Zunahme zeigte. Redner schildert die Ursachen der gewaltig gestiegenen Ausgaben, macht auf die ungemein gespannten Verhältnisse zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen aufmerksam und kommt zu dem Resultat, daß eine Beitragserhöhung notwendig sei. Das Vermögen betrug ultimo 1904 Mk. 553 005,18.

Die Ausgaben zeigen als größten Posten denjenigen, der für Unterstützung gezahlt wurde.

Diese Ausgaben stiegen in den drei Jahren bei:

Arbeitslosigkeit . . . . .	von Mk. 185 926,42 auf 385 275,79
Reiseunterstützung . . . . .	40 799,53 " 54 507,14
Beitragsunterstützung . . . . .	7 551,10 " 15 641,99
Uebersiedelungsunterstützung . . . . .	34 068,40 " 41 684,22
Außerordentliche Unterstützung . . . . .	17 285,00 " 27 350,00
Unterstützung aus besonderen Fonds . . . . .	4 563,28
	von Mk. 285 680,45 auf 529 022,42
bavon zurückerhalten, weil irrtümlich gezahlt . . . . .	Mk. 815,71
	bleiben Mk. 528 206,71

das sind 47 1/2 pCt. der Mitgliederbeiträge und Eintrittsgelder. In den Jahren 1896—1898 wurden 22 1/4 pCt. und in den Jahren 1899—1901 36 pCt. der Einnahmen zu den Unterstützungen gebraucht, die prozentuale Steigerung der Unterstützungssumme ist also eine ganz bedeutende, wenn man nicht sagen will „eine bedenkliche“, für welche durch eine entsprechende Beitragserhöhung ein Ausgleich herbeigeführt werden muß.

Der Bericht der Generalrevisoren erkennt die Thätigkeit des Generalrats und der Beamten an und beantragt für dieselben die Ertheilung der Decharge. Während der Generaldiskussion über den Tätigkeitsbericht erscheint Herr Regierungsrath Dr. Roth, entsandt vom Ministerium des Innern, um an den Verhandlungen des Delegirtenstages theilzunehmen; derselbe wird vom Vorsitzenden begrüßt. Die in sehr ausgiebiger Weise gepflogene Generaldiskussion ergibt im Allgemeinen vollste Zustimmung mit den getroffenen Maßnahmen des Generalrats. Desgleichen findet der gedruckt vorliegende Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs einstimmige Anerkennung. Beschlossen wird, den Tätigkeitsbericht in 5000 Exemplaren anfertigen zu lassen, welche Zahl der Generalrat nach Bedürfnis vergrößern kann. Ein Schreiben, in welchem Stadtordeordnetenvorsteher Culiß-Chemnitz sein Nichterscheinen durch Krankheit begründet, wird verlesen.

Nach der Mittagspause beginnt das Referat Hartmann über: „Die Stellung des Gewerkevereins in der Arbeiterbewegung“. Redner bedauert die heutige Spaltung in der Arbeiterbewegung, hält es für einen Fehler, die Arbeiter auch noch nach religiösen Richtungen zu organisiren und meint, es mache wohl nur auf nicht denkende Arbeiter den Eindruck, daß jene Richtung die beste wäre, die am gewaltsamsten oder geräuschvollsten vorgehe. Jene Verdrängung, die Herr Vegien auf dem Gewerkschaftskongreß aus sprach, als helfen die Gewerkevereine durch ihr Auftreten den Regierungen Material zu einer neuen Zuchthausvorlage zusammen zu tragen, weist der Redner unter lebhafter Zustimmung der Delegirten zurück. Nicht die Gewerkevereine, wohl aber das terroristische Verhalten der sogenannten „freien Gewerkschaften“ mache die Regierungsorgane auf diese Mißstände in der Arbeiterbewegung aufmerksam.

Der Korreferent Berndt-Dresden stellt sich im Großen und Ganzen auf den Boden des ersten Referats, führt in eingehender Weise aus, daß der Streik nicht jenes Instrument sei, hinter dem in jedem Fall die Hydra der Revolution lauer; der Streik sei im Gegentheil in vielen Fällen ein Mittel, die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben und damit einen Kulturfortschritt herbeizuführen.

Beide Referenten empfehlen die Annahme folgender Resolution:

Der immer mehr vor sich gehende Zusammenschluß der Unternehmer zu festen Verbänden und die sich hierin ändernde verstärkte Widerstandskraft der Unternehmer gegenüber den zeitgemäßen Forderungen der Arbeiterklasse, die in letzter Zeit besonders häufig in die Erscheinung tretenden Waffenausparungen von Arbeitern durch die Unternehmerverbände und die hierdurch hervorgerufene gewaltige Erschütterung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens führen unbedingt dahin, daß Einrichtungen geschaffen werden müssen, durch welche auf gleichberechtigter Grundlage beide Produktionsfaktoren auf dem Wege der Verhandlung miteinander in nähere Verbindung treten, um möglichst stabile Verhältnisse zu schaffen.

Diese Einrichtungen sind mit wenig Mühe und Kosten als Schlichtungskommissionen bei Einführung von Tarifen zu treffen. Es ist daher eine der Hauptaufgaben des Gewerkevereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, gemäß der bereits auf den Verbandstagen der Deutschen Gewerkevereine in Magdeburg 1898 und Hannover 1904 beschlossenen Resolutionen über die Besserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, für die Verwirklichung von Tarifgemeinschaften einzutreten.

Unter Hinweis auf die angeführte Resolution von 1898 erklärt der 18. ordentliche Delegirtenstag des Gewerkevereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter:

1. daß bei allen Unternehmungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse oder zur Abwehr von Verschlechterungen unter allen Umständen zuerst der Weg der Verständigung und Einigung beschritten werden muß;
  2. daß bei Erfolglosigkeit friedlicher Versuche, nach genauer Prüfung der etwaigen Chancen und bei dem Vorhandensein genügender Geldmittel nur mit Zustimmung des Generalrats bezw. der Hauptleitung in den Ausnahmefällen eingetreten werden darf;
  3. daß der Gewerkeverein überal, wo seine Mitglieder an irgend welchen Bewegungen anderer Organisationen beteiligt sind, auch das Recht der Mitberathung für sich in Anspruch nimmt;
  4. daß sich der Gewerkeverein das Recht vorbehält, überal dort, wo er von anderen Organisationen nicht als gleichberechtigt anerkannt wird, die Unterhandlungen mit den Unternehmern selbstständig zu führen.
- Der Generalrat, als Leitung des Gewerkevereins, wird mit der Durchführung dieser Bestimmungen beauftragt.

Die Diskussion über diesen Punkt war eine außerordentlich eingehende und streng sachliche und wurden traurige Beispiele erzählt, wie gerade auch seitens der christlichen Organisationen gegen den Gewer-

verein gearbeitet wird; ähnliche Dinge seitens der Gewerkschaften fehlten auch nicht.

Zweiter Verhandlungstag. Beschlossen wird, Nachmittags 4 Uhr, einer freundlichen Einladung folgend, die Einrichtungen der weltbekannten Firma E. D. Richter & Comp., Reißzeugfabrik, zu besichtigen, worauf die Diskussion über den Punkt: „Die Stellung des Gewerkschaftsvereins in der heutigen Arbeiterbewegung“ fortgesetzt wird. Generalsekretär Hartmann erklärte in seinem Schlusswort, daß der Gewerkschaftsverein seine Beschlüsse nicht erst der Begutachtung einer politischen Partei unterwerfen muß, wie das bei den Gewerkschaften der Fall ist, sondern alle seine Beschlüsse selbstständig fassen kann. Am Ende der Diskussion wird die von den beiden Referenten eingebrachte Resolution mit einigen Verschärfungen, betreffend das Zusammengehen mit anderen Organisationen, angenommen.

Die Vorträge der beiden Referenten kommen als Broschüren zur Ausgabe.

Anschließend hieran beginnt die Verhandlung über die „Agitation“. Der Generalrat beantragt die feste Anstellung von 10 Beamten für die einzelnen Provinzen und Bundesstaaten. Das einleitende Referat hält Gewerkschaftssekretär Trabert-Berlin, der in großen Zügen darlegt, daß es falsch sei, die Schuld an dem Tempo der Entwicklung nur in den alten Führern zu suchen; alle diejenigen, die auf früheren Delegiertentagen die vorwärts strebenden Kollegen nicht unterstützt haben, nehmen Teil an dieser Schuld. Der Gewerkschaftsverein ist die neutralste Berufsorganisation und durch unermüdete Bildung der Mitglieder muß derselben die große Bedeutung der Neutralität klar gemacht werden, das sei das beste Mittel, der Agitation neue Werkkraft zu verleihen. Denselben Standpunkt nimmt der zweite Referent ein, ist aber der Meinung, es könnte durch die Anstellung von 10 Beamten seitens des Delegiertentages die Stellung der jetzt bestehenden „Lokalbeamten“ beeinträchtigt werden.

In der Diskussion wird im Prinzip allgemein anerkannt, daß der Vorschlag des Generalrats, 10 Beamte anzustellen, das Minimum dessen sei, was unumgänglich notwendig ist, viele Delegierte wünschen, daß die Zahl auf 15 vermehrt werde. Die Hauptaufgabe sehen alle Redner in einer gründlichen Durchbildung und Durchscheidung der einzelnen Mitglieder und Ortsvereinsverwaltungen, sowie in der möglichsten Benützung der Presse.

Dritter Verhandlungstag. Die Verhandlungen über den Punkt Agitation werden fortgesetzt. Auf die eingegangenen Anträge, die zum Teil bedeutend weiter gehen als der Antrag des Generalrats, nimmt der Schatzmeister Baldt-Berlin das Wort und macht in eingehender Weise auf die finanzielle Seite dieser weitgehenden Anträge aufmerksam. Ein wachsendes Vermögen trage ebenfalls sehr viel zur steten Schlagfertigkeit der Organisation bei. Beschlossen wird, 12 Beamte anzustellen, die Einteilung der Bezirke wird dem Generalrat übertragen.

Die Stellung der „Lokalbeamten“ wird durch Annahme nachstehender Resolution festgesetzt:

„Die jetzt bestehenden und noch anzustellenden „Lokalbeamten“ werden in Bezug auf die Dauer ihrer Anstellung und das Kündigungsverhältnis unter denselben Bedingungen angestellt, wie die Gewerkschaftsbeamten.“

Die gesammelte Beratung und Beschlussfassung über alle die Agitation betreffenden Fragen und Anträge gab ein erfreuliches Bild über den festen Willen der Delegierten, den Gewerkschaftsverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter den allgemein fortschreitenden Verhältnissen entsprechend, auszubauen. Nach Erledigung des Punktes „Agitation“ wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen.

„Der XIII. Ordentliche Delegiertentag des Gewerkschaftsvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter spricht den in Bayern u. a. ihr Koalitionsrecht kämpfenden Berufscollegen seine volle Sympathie aus, der Gewerkschaftsverein wird seine dortigen Mitglieder in diesem, ihnen seitens der Unternehmer aufgedrungenen Kampfe, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen und erwartet, daß in diesem Kampfe jeder Einzelne fest und treu zu seiner Organisation hält.“

Gewerkschaftssekretär Trabert reist sofort nach Nürnberg.

Der Delegiertentag tritt nunmehr in die Beratung des VI. Punktes der Tagesordnung: „Anträge zum Statut, des Reglements und der Geschäftsordnung“ ein. Die wichtige Frage, ob, entgegen der bisherigen Praxis, auch weibliche Arbeiter in den Gewerkschaftsverein aufgenommen werden sollen, wird im Prinzip bejahend entschieden und die Ausführung dem Generalrat übertragen. Die Aufnahme von Berufscollegen anderer Verbände sowie Berufsvereine kann in Zukunft mit den in den bisherigen Vereinen erworbenen Rechten im Gewerkschaftsverein stattfinden. Die Entscheidung über die Aufnahme steht in jedem Falle dem Generalrat zu. Um jedoch nicht in den Verdacht zu kommen, analog dem deutschen Metallarbeiterverband, planvolle Agitation zur „Abtreibung“ von Mitgliedern anderer Organisationen zu betreiben, nimmt der Delegiertentag eine Resolution an, die besagt, es sollen aus anderen Organisationen überhaupt nur diejenigen Mitglieder aufgenommen werden, die sich selbst dazu freiwillig melden. Es wird beschlossen das Eintrittsgeld von 1 Mark bisher auf 50 Pfennige zu ermäßigen.

Vierter Verhandlungstag. Die Verhandlungen des Gewerkschaftsvereins werden unterbrochen und die Generalversammlung der Begräbniskasse durch den Vorsitzenden dieser Kasse, Schumacher-

Berlin, Vormittags 8 Uhr eröffnet. Zur Leitung der Verhandlungen werden dieselben Personen gewählt, die auch dem Delegiertentag vorstehen. Der Bericht des Schatzmeisters Baldt-Berlin zeigt eine fortwährende Steigerung des Vermögens, überhaupt einen günstigen Stand dieser Kasse. Das Vermögen beträgt ultimo 1904 Mk. 592 453,05 und ist seit 1901 um Mk. 132 932,59 gewachsen. Die Generalrevisoren erstatten Bericht, wonach an der Geschäftsführung der vergangenen drei Jahre nichts zu moniren war und erteilt die Generalversammlung dem Vorstand einstimmig Decharge.

Die Generalversammlung tritt hierauf in die Beratung der vorliegenden Anträge ein.

Ein vom Schatzmeister Baldt-Berlin gestellter und angennommener Dringlichkeitsantrag, betreffend die Aufnahme der Mitglieder des Gewerkschaftsvereins der Klempner und Metallarbeiter in die Begräbniskasse, wird nach einer kurzen Darstellung des Sachverhalts durch Baldt-Berlin zur Debatte gestellt. Schatzmeister Kauer vom Gewerkschaftsverein der Klempner legt in längeren Ausführungen dar, es könne von einem Aufgehen des Gewerkschaftsvereins der Klempner in dem Gewerkschaftsverein der Maschinenbauer nach seiner Auffassung nur dann die Rede sein, wenn alle Mitglieder, ohne Unterschied des Alters, in die Kassen des Gewerkschaftsvereins mit übernommen würden. Die Debatte in dieser Sache ist eine eingehende; im Prinzip sind alle Redner darin einig, daß ein Modus der Verschmelzung gefunden werden müßte, das sei auch die Ansicht der meisten Mitglieder in den Provinzen, lieber solle unter Umständen die Generalratkassette ein finanzielles Opfer bringen. Die endgültige Beschlussfassung wird vom Delegiertentag des Gewerkschaftsvereins getroffen werden und dieser hat die Verhandlung beschlossen.

Es folgt die Generalversammlung der Krankenkassenunterstützungskasse. Auch hier werden dieselben Personen wie beim Delegiertentag mit der Leitung der Generalversammlung betraut. Den Bericht über den Stand der Kasse erstattet der Schatzmeister Baldt-Berlin. Diesem Bericht ist zu entnehmen, in welchem Umfange die Anforderungen an die Kasse fortwährend gestiegen sind, was eine steigende Erhöhung des Reservefonds mit sich brachte.

Das Vermögen beträgt ultimo 1904 Mk. 409 082.

Dem Reservefonds sind noch zu seiner gesetzlich vorgeschriebenen Höhe Mk. 31 292 zuzuführen.

Die Generalrevisoren berichten, daß über die Geschäftsführung keine Monitas zu ziehen waren und beantragen, dem Vorstand Decharge zu erteilen, dem auch einstimmig entsprochen wird. Anschließend hieran beginnt sofort die Beratung der vorliegenden Anträge zum Statut.

Die Generalversammlung wird nun vor die Frage gestellt, auf welche Art das gestörte Gleichgewicht in Einnahme und Ausgabe hergestellt werden kann, der Antrag des Hauptvorstandes dahingehend lautet auf eine Ermäßigung der Leistungen der Krankenkassenunterstützungskasse um 10 pCt., welcher Antrag Annahme findet, es sollen zur Erleichterung der Mitglieder innerhalb des Zeitraumes von 13 Wochen nach Eintritt der Wirksamkeit der Statutenänderungen, die bisherigen Mitglieder, ohne Rücksicht auf das Lebensalter, sich höher versichern können, was sonst laut Statut nicht gestattet ist.

Die Kalamität mit der Beibringung der ärztlichen Unterschriften auf den Krankenscheinen wird durch die Diskussion treffend illustriert.

Es wird eine bedeutende Erleichterung in Betreff der Unterschrift der Ärzte zur Erhaltung von Krankengeld beschlossen. Ein Antrag, zur Kontrolle der Ortsverwaltungen einen eigenen Kontrollbeamten anzustellen, wird angenommen; die Hauptverwaltung erhofft dadurch dem Simulantenthum besser zu Leibe gehen zu können. Andere Krankenkassen wurden als Beispiel angeführt, bei denen eine verstärkte, planvolle Kontrolle die finanziellen Verhältnisse derselben bedeutend gebessert hatte.

Ueber die bisherige feste Zusammengehörigkeit von Gewerkschaftsverein, Krankenkasse und Begräbniskasse, die gleichzeitige Tagung der betreffenden Generalversammlungen mit dem Delegiertentag entspinnt sich eine eingehende Erörterung, deren Resultat darin besteht, daß in Zukunft die einjährige Mitgliedschaft in den beiden Kassen genügt, um als Delegierter gewählt werden zu können.

Ein Antrag: „der Hauptvorstand solle bis zum nächsten Delegiertentage eine Vorlage zum Zwecke der Verschmelzung des Gewerkschaftsvereins mit der Krankenkasse ausarbeiten“, findet Annahme.

Die Beschwerde einiger Mitglieder aus Essen wird abgelehnt.

Fünfter Verhandlungstag. Es beginnen von Neuem die Verhandlungen des Delegiertentages. Die Anträge: Bildung einer Revisionsinstanz und Beschwerdeinstanz, rufen eine eingehende Debatte hervor, allgemein wird anerkannt, wie wichtig es sei, in allen streitigen Fällen eine möglichst objektiv und unbefangene urteilende Kommission zu haben. Dies wird beschlossen. Als Ort der Kommission wurde Magdeburg gewählt.

Mitglieder, die während bestehender Arbeitsdifferenzen, Streiks u. dergl. ausgeschlossen wurden, können eventuell nach einer bestimmten Zeit nur wieder aufgenommen werden, wenn der betreffende Ortsverein selbst einen dementsprechenden Antrag stellt. Bestrebungen, nur Angehörige der Metallbranche mit der Leitung der Ortsvereine betrauen zu dürfen, finden keine Zustimmung, es soll lediglich die

Fähigkeit des Einzelnen entscheiden. Die neueren Ereignisse der gespannten Verhältnisse in der Metallbranche in Bayern werden zur Kenntnis gebracht, es erklärt der Vorkammler für Augsburg, Regier., zurückzufahren, um die Leitung in Augsburg wieder zu übernehmen.

Eine größere Selbstständigkeit der Ortsvereine soll angestrebt werden: durch Wegfall des bisherigen Modus, wonach für jeden einzelnen Ortsvereinsbeamten die Höhe der Entschädigung prozentual festgestellt war. An Stelle dieses Systems wird vom Generalrathe beantragt, den Ortsvereinen einen bestimmten Prozentsatz der Gesamteinnahme zu überweisen, womit die Ortsvereine alsdann ihre gesamte Verwaltung nach freiem Ermessen bestreiten. Im Prinzip findet der Antrag des Generalraths Annahme und werden zu diesem Zweck 25 pCt. bestimmt. Der Delegirtenstag erwartet jedoch, daß die Ortsvereinsverwaltungen in Anbetracht der ernsten Lage die Verwaltungskosten nach Möglichkeit einschränken, um bei ersten Anlässen Gelder zur Verfügung zu haben.

Die eventuelle Erhebung freiwilliger Vorkaufschläge wird bedeutend erleichtert durch den Beschluß, daß jede ordnungsgemäß einberufene Ortsvereinsversammlung mit einfacher Majorität, solche Beschlüsse herbeizuführen berechtigt ist.

Nach einer eingehenden Erörterung der Verfassung für den Generalrathe, wird die Berathung der Statutenabänderungsanträge unterbrochen und in die Wahlen der Beamten, General- und Centralratsvertreter eingetreten.

Gewählt werden:

- zum 1. Vorsitzenden Gleichauf-Berlin,
- 2. Klein-Berlin,
- Generalsekretär Hartmann-Berlin,
- stellvert. Generalsekretär Dornblüth-Breslau,
- Schatzmeister Waldt-Berlin,
- stellvert. Schatzmeister Strubelt-Berlin.
- Als 1. Redakteur Gleichauf-Berlin,
- 2. und Expedient Kamin-Berlin.

Als Generalkontrollleur Göge-Berlin. Zu Agitationsbeamten werden gewählt Trabert und Schumacher-Berlin. Als Generalratsmitglieder wählt der Delegirtenstag folgende Kollegen aus Berlin und nächster Umgebung: Simoleit, Marx, Habliczel, Schulz, Jeschke, Angermann, Heinemann.

Die Wahlen der Stellvertreter und der Vertreter zum Centralrathe, der Gesamtvertretung der Deutschen Gewerksvereine, folgen noch und nehmen ziemlich viel Zeit in Anspruch, da alle durch Stimmzettel gewählt werden müssen.

Die Verhandlungen werden Abends 6 Uhr abgebrochen und findet morgen Sonntag, 18. Juni, von Vormittags 11 Uhr bis Nachmittags 4 Uhr die Fortsetzung statt.

Ueber den Schluß der Verhandlungen berichten wir in nächster Nummer.

## Wochenchau.

Berlin, 20. Juni 1906.

Die Landesversammlung der **Evangelischen Arbeitervereine** des Königreichs Württemberg, welche während der Pfingsttage in Göppingen stattfand, schloß mit einer für die Gewerksvereine sehr günstigen Kundgebung ab. Der Landesauschuß hatte schon Tags vorher mit Rücksicht auf das von dem Arbeitersekretär Fischer zu erwartende Referat: „Arbeiterbildung und Fachorganisation“ eine Resolution vorbereitet, die zwar den Anschluß und die Beteiligung an Berufsorganisationen dringend empfahl, aber nicht ohne Abzicht vermieß, eine der drei in Frage kommenden Richtungen (freie Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften und Hirsch-Duncker'sche Gewerksvereine) ausdrücklich zu empfehlen. An das, übrigens vortrefflich in allen seinen Theilen durchgeführte Referat Fischer's, in welchem derselbe anerkannte, daß die Gewerksvereine ehrlich bestrebt seien, neutral zu bleiben, schloß sich eine vom Verbandsgenossen Pahn eingeleitete Debatte, in welcher allseitig der Beitritt zu den Deutschen Gewerksvereinen empfohlen wurde.

Für den Betrieb der **Bleichstätten** und ihre Einrichtung hat der Bundesrathe jochen eine umfangreiche Verordnung erlassen, die am 1. Januar 1906 in Kraft treten soll. Soweit die in der Verordnung vorgeschriebenen baulichen Veränderungen in Betracht kommen, kann die Frist bis zu ihrer Fertigstellung über den 1. Januar 1906 hinaus verlängert werden. Der wichtigste Paragraph betrifft die Dauer der Arbeitszeit. Dieser (§ 13) lautet:

Die bei der Bedienung der Schächtföhen thätigen Arbeiter, abgesehen von den Arbeitern auf den Sichtböden, dürfen nicht länger als acht Stunden täglich beschäftigt werden. Dasselbe gilt für Arbeiter, die im Innern kaltgestellter Defen beschäftigt sind oder beim Ausräumen von Flugstaubkammern und Flugstaubkanälen, welche nassen Flugstaub enthalten.

Beim Ausräumen von Flugstaubkammern und Flugstaubkanälen, die trockenen Flugstaub enthalten, dürfen Arbeiter im Innern der Kammern und Kanäle täglich höchstens vier Stunden mit Räumungs- und Transportarbeiten dieser Art, überhaupt aber nicht länger als acht Stunden täglich beschäftigt werden.

Die übrigen Arbeiter, welche in den im § 1 bezeichneten Räumen arbeiten, dürfen innerhalb eines Zeitraumes von vierundzwanzig Stunden nicht länger als zehn Stunden ausschließlich der Pausen beschäftigt werden.

Ausgenommen von den vorstehenden Bestimmungen sind diejenigen Arbeiter, welche zur Herbeiführung des wöchentlichen Schichtwechsels mit Arbeiten beschäftigt werden, die nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Ausnahmen von der Sonntagsruhe am Sonntag erlaubt sind.“

Die im § 1 bezeichneten Räume sind:

„Die Räume, in denen Bleierze geröstet, gefintert oder geschmolzen, Werkblei gewonnen und weiter verarbeitet, Reichblei abgetrieben, Glätte, Mennige oder andere oxydische Bleiverbindungen hergestellt, gemahlen, gesiebt, gelagert oder verpackt werden oder Zinkschaum abdestilliert wird.“

Diese Verordnung ist mit lebhafter Freude zu begrüßen.

Im Herrenhaus hat die **Bergeschkommission** ihre Beratungen am gestrigen Montag begonnen. Der Referent Dr. v. Burgsdorff schlug u. A. den folgenden Zusatz zum § 80 I, welcher die Arbeiterausschüsse betrifft, vor: „Die Auforderung zur rechtswidrigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses zwischen Bergwerksbesitzern und Arbeitern ist unterlagt.“ Wer hiergegen verstoßt, soll mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft werden. Trifft diese Strafe ein Mitglied des ständigen Arbeiterausschusses, so kann ihm zugleich die Mitgliedschaft und das Recht auf die Wählbarkeit zum Arbeiterausschuß auf die Dauer von 5 Jahren entzogen werden. Diese Entziehung muß erfolgen, wenn durch die Zuwiderhandlung eine rechtswidrige Arbeitseinstellung erheblicheren Umfangs verschuldet oder mitverschuldet ist. Die Kommission hat die Paragraphen, welche das Verbot des Wagnenüllens und die Maximallänge der Fördergefäße enthalten, so angenommen, wie sie das Abgeordnetenhaus beschlossen hat.

Am heutigen Dienstag findet die Weiterberathung statt. Herr Dr. v. Burgsdorff ist ein Junker und Scharfmacher schlimmster Sorte. Sein Antrag entspricht seiner Rede im Plenum des Herrenhauses, die wir im „Gewerksverein“ Nr. 23 auszugsweise zum Ausdruck brachten.

**Arbeiterbewegung.** Die rheinisch-westfälischen Bauunternehmer haben 30 000 organisierte Arbeiter ausgesperrt. Ursache dieser ungeheueren Brutalität ist, daß die gewerkschaftlich organisierten Zimmerer in Dortmund über einige Bauten die Sperre verhängten, um einen von der Organisation geforderten Stundenlohn durchzusetzen. Zwischen dem, was die Arbeiter fordern und die Unternehmer gewähren wollten, bestand nur eine Differenz von 2 Pfg. Die Unternehmer verlangten die Aufhebung der Sperre und als die Zimmerer hierauf nicht achteten, hat der Arbeitgeberbund allen organisierten Arbeitern zum 13. Juni gekündigt. Ein Ausgleichsversuch des Regierungspräsidenten von Arnberg blieb erfolglos. Während die organisierten Arbeiter ausgesperrt sind, setzen die Nichtorganisierten ihre Arbeit fort. Von der Aussperrung sind alle 3 Organisationen betroffen, besonders stark die Christlichen, welche in Rheinland-Westfalen im Baugewerbe breiten Boden gefunden haben. Der bergbauliche Verein meldete sich ungerufen zur Unterstützung der Arbeiter, indem er erklärte, daß auf den Zechen keine Arbeiter aufgenommen werden sollen, die ausgesperrt worden sind. Diese ungeheure Aussperrung und der gleiche Vorgang in der bayerischen Metallindustrie sind heillosfordernde Flammenszeichen zur Beleuchtung unhaltbar gewordener Zustände. Man merke wohl: Es handelt sich um eine Differenz von 2 Pfg! Da muß es doch auf beiden Seiten an den Fähigkeiten der Diplomatie gefehlt haben, wenn es um eine solche Differenz zu einem so unerhörten Kampfe kommen konnte. — Zur Metallarbeiterbewegung und Aussperrung in Bayern erhalten wir folgende Zuschrift: Laut Anschlag in den Fabriken haben auf Ansuchen des Metallarbeiterverbandes die Metallindustriellen die Aussperrung bis Mittwoch, den 21. d. M. verschoben. Ueber die vorher aus diesem Grunde am 14. und 15. Juni cr. zu München stattgehabten und geheimgehaltenen Unterhandlungen mit den Arbeitgebern, von denen keinerlei Zugeständnisse, als nur die Verschlebung der Aussperrung erreicht wurde, kam es am vergangenen Freitag in einer reich besuchten Vertrauensmänner-Versammlung zu scharfen Auseinandersetzungen und wurden insbesondere gegen das Vorstandsmitglied Reichel-Stuttgart, das an den Münchener Verhandlungen theilnahm, schwere Vorwürfe erhoben. — Bei Ecklenborg-Geestmünde und Seebeck-Bremmer haben ist es um geringfügiger Lohnforderungen zu einem Ausstand der Kesselschmiede gekommen. Nun machen die beiden Firmen bekannt, daß, falls am (heutigen) Dienstag, 20. Juni, die Kesselschmiede die Arbeit nicht in genügendem Umfange wieder aufnehmen, die Werften Abends 6 Uhr geschlossen werden sollen. Kommt es zu dieser Schließung, so sind 2500—2800 Arbeiter auf das Pflaster gesetzt. — In Solingen streiken die Messerschleifer bei der Firma Hammesfahr. Die örtlichen Fachvereine haben sich mit den Ausständigen solidarisch erklärt, während der Metallarbeiterverband dies abgelehnt hat. In der Versammlung der Messerschleifer wurde festgestellt, daß die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, die als Maschinenschleifer bei Hammesfahr beschäftigt sind, sogenannte Streikarbeit verrichten.

**Die englischen kooperativen Arbeiterverbände** (Konsumvereine und Produktivgenossenschaften) hielten in der Pfingstwoche in Paisley ihren diesjährigen Kongress ab. Auf dem Kongress machten die Sozialdemokraten von Neuem den Versuch, diese reichen Genossenschaften für sich und ihre parteipolitischen Interessen zu kapern. Die der Sozialdemokratie angehörenden Redner gaben sich alle erdenkliche Mühe nach dem Muster deutscher Sozialdemokraten Alles herunter zu reißen, was nicht sozialdemokratisch denkt. Das Liebeswerben war aber umsonst! Mit 881 gegen 135 Stimmen wurde die Allianz der Genossenschaften mit der Sozialdemokratie abgelehnt. Der englische Arbeiter urtheilt ruhig und nüchtern und da prüft er auch, was denn hinter all den radikalen Redensarten steht. Bei dieser Prüfung entdeckt er gar bald, daß hinter dem Radikalismus nichts ist wie eine öde Leere.

**rd. Zur Frage der Entschädigungspflicht für Anfälle in Folge von Redereien.** (Nachdr. verb.) In einer Fabrik machte sich eines Tages ein Lehrling den „Spaß“, nach einem anderen Kollegen mit Metallstückchen zu werfen. Der letztere achtete gar nicht auf die Rederei, sondern arbeitete ruhig fort, bis ihn plötzlich ein Drahtsplitter ins Auge traf, wodurch er eine sehr schwere Verletzung davontrug. Der Verunglückte hatte sich nun an die Berufsgenossenschaft mit dem Antrage gewandt, ihm eine Unfallschädigung zu zahlen, doch hatte diese das Verlangen mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß der Unfall sich nicht „bei dem Betriebe“ ereignet habe, sondern lediglich in Folge einer übermüthigen Spielerei, die mit dem Betriebe absolut nichts zu thun habe. Der Verunglückte müsse sich mit seiner Schadenerstattung an Denjenigen halten, der ihm die Verletzung beigebracht habe. Das Landesversicherungsamt, das über den von dem Verletzten erhobenen Refus zu entscheiden hatte, hat indessen seinen Anspruch als berechtigt anerkannt. Wichtig ist allerdings, so heißt es in den Entscheidungsgründen, daß die Verletzung in einem gewissen zeitlichen und örtlichen Zusammenhange mit dem Betriebe stehen muß, wenn für einen dabei vorgekommenen Unfall Entschädigung verlangt wird. Auch ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Unfall und den Gefahren des betreffenden Betriebes muß vorhanden sein. Ein solcher bestand aber im vorliegenden Falle unbedingt. Wenn das mutwillige Verfahren des Mitarbeiters des klagenden Lehrlings auch außerhalb seiner eigenen Betriebshätigkeit lag, so ist doch zu beachten, daß das Unfallsversicherungsgesetz die Arbeiter auch gegen diejenigen Gefahren sicherstellen wollte, die der Verkehr zahlreicher Personen an einer Betriebsstätte in Verbindung mit mutwilligem und schuldhaftem Handeln einzelner Arbeitsgenossen im Gefolge hat. Ueber Fälle ähnlicher Art hatte das Reichsversicherungsamt ja schon öfter zu entscheiden; wenn es aber meistens zur Ablehnung der geforderten Entschädigung gelangte, so lag das daran, daß gewöhnlich Kaufhandel in Frage kamen, die mit dem Betriebe gar nichts zu thun hatten, bei denen sich also die daran Beteiligten klipp und klar außerhalb des Betriebes gestellt hatten. In dieser Beziehung läßt sich nun aber dem Kläger kein Vorwurf machen, da er sich an der Rederei nicht beteiligt hat. Er hat, bei seiner Arbeit beschäftigt, zuerst gar nicht gewußt, woher der Drahtsplitter, der ihn plötzlich ins Auge traf, geflogen kam. Für ihn war somit der verhängnisvolle Wurf ein Unglücksfall, der ihm außerhalb des Betriebes wahrscheinlich nicht zugestoßen wäre, denn er erlitt ihn bei der Arbeit in der Werkstatt ohne sein Zutun. Der Fall ist also nicht zu vergleichen mit dem, wenn der Kläger sich innerhalb oder außerhalb der Werkstatt mit seinen Arbeitsgenossen herumgebalgt und dabei Schaden erlitten hätte. Der Entschädigungsanspruch erwies sich vielmehr als gerechtfertigt.

**rd. Anfall eines Arbeiters in Folge Nichtbeleuchtung eines Fabrikhofweges.** (Nachdr. verb.) Der Angefallene eines industriellen Establishments hatte neben seinem Gehalt freie Wohnung in einem auf dem Hofe der Fabrik belegenen Gebäude. Als er eines Nachts seine Schlafstube aufsuchte, erlitt er in Folge mangelnder Beleuchtung einer gefährlichen Wegstelle einen Unfall, für dessen Folgen er von dem Geschäftsherrn Schadenersatz verlangte. Während ihm dieser auch von der Vorinstanz zugewilligt wurde, hat das Reichsgericht den Kläger mit seinem Anspruch abgewiesen. Das Urtheil führt aus: Allerdings hatte der Beklagte die Verpflichtung, den fraglichen Weg zu beleuchten, indessen liegt kein Grund vor, diese Verpflichtung auf die späte Zeit zu erstrecken, in welcher sich der Unfall zugetragen hat. Es müssen eben die ganzen örtlichen Verhältnisse und die Lebensgewohnheiten der Bewohner der in Betracht kommenden Ortschaft mit berücksichtigt werden. Wenn es sich im vorliegenden Falle auch um einen Großbetrieb handelt, so ist doch zu bedenken, daß das Establishment nicht in einer Großstadt, sondern in einer ländlichen Gegend gelegen ist, und ferner ist nicht außer Acht zu lassen, daß nach den Gewohnheiten der Durchschnittsmenschen in jener Gegend zu der Zeit als der Unfall sich ereignete, die Nachtrübe längst begonnen hatte. Zu einer solchen Zeit kann dem Inhaber der Fabrik aber unmöglich die Verpflichtung obliegen, den fraglichen Weg beleuchtet zu erhalten, da jeder Verkehr darauf ruht. Das den Beklagten zur Zahlung von Schadenersatz verurtheilende Erkenntnis der Vorinstanz wurde daher aufgehoben.

## Gewerkevereins-Zeitel.

**§ Obergriina.** Der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter feierte am 28. Mai sein 20. Stiftungsfest. Der große Saal vermochte die Anwesenden kaum zu fassen, so daß man mit Recht sagen kann, es war ein Stützungs- und Agitationsfest im vollen Sinne des Wortes. Schon in den zeitigen Nachmittagsstunden entfaltete sich ein reges Leben in unserm Orte. Eine stattliche Anzahl Kohweiner und Kohner Genossen beehrten uns mit ihrer Anwesenheit und halfen somit unser Fest wesentlich verschönern. Auch erfreute uns Vorstandsmitglied Meyersohn vom D.-B. der Schuhmacher und Lederarbeiter Rosen I mit seinem Besuch. Der Vorsitzende des Ortsverbandes Kohwein, Genosse Hambsch, hielt die Festrede und führte den Anwesenden vor Augen, unter welchen schwierigen Verhältnissen der D.-B. Obergriina entstanden ist und sich aber durch die Energie seiner Mitglieder zu einem nützlichen Gliede in der Organisation der Deutschen Gewerkevereine emporgearbeitet habe. Redner gedachte noch mit Anerkennung unseres Vorsitzenden Zillmann, sowie unseres leider viel zu früh verstorbenen Kassiers F. Höber und noch einiger älterer Genossen. Diejenigen aber, die sich gesammelt haben unter der Fahne des Gewerkevereins, sollten mit helfen bauen an der weiteren Ausbreitung unserer Organisation. Mit einem dreifachen Hoch auf die Deutschen Gewerkevereine schloß der Redner seine Ausführungen. Ein solennes Längchen hielt unsere Genossen noch lange in fröhlicher Stimmung beisammen.

**§ Thora.** Der Ortsverband hatte zum 15. Juni, Abends 7 1/2 Uhr, eine Versammlung anberaumt, in welcher Herr Friedenthal aus Berlin das Referat freundlichst übernommen hatte, und zwar über das Thema: „Wie können die Arbeiterinnen ihre Löhne verbessern?“ Hierzu hatte sich der Ortsverband alle Mühe gegeben, die Arbeiterinnen in Thora alle Gäste zu gewinnen. Durch Handzettel und Flugblätter war es auch gelungen, ungefähr 30 Beschäftigte aus den hiesigen Pfefferkuchen-Fabriken als Gäste zu erhalten. Vor Eröffnung der Versammlung erschienen zu unserm großen Erstaunen der zweite Polizeiwachmeister, also der dritthöchste Beamte und zeigte die Anmeldung vor, in der stand nichts von einer öffentlichen Versammlung, und hiernach dürften wir auch keine Gäste haben, und wenn auch als öffentlich gemeldet wäre; so dürften bei diesem Thema doch keine Damen zugegen sein, weil das Thema ein politisches wäre. Die Hörenden waren nicht wenig erstaunt und fragten, welcher politischen Partei denn dieses Thema angehöre, und nun kam aus diesem gelegenen Runde die höchst einfache Erklärung, das wäre „Sozialpolitik“, und die ginge die Frauen nichts an. Nachdem man nun diese Weisheit verbat hatte, fragten wir, ob denn auch Frauen, die Mitglieder wären, nicht zugegen sein dürften? Nun war das Erstaunen auf Seiten des Herrn Wachmeisters, denn davon wäre der Polizei nichts bekannt, daß die Hirsch-Dunder'schen auch Frauen als Mitglieder hätten, und wenn dieses wirklich der Fall wäre, dann dürften auch diese nicht zugegen sein, weil in Versammlungen, wo politische Fragen erörtert werden, keine Frauen anwesend sein dürften. Von der Referentin und den Anwesenden wurde versucht, ihm eine andere Ansicht beizubringen, auch wurde auf den Bund der Handwirthe hingewiesen, nach langem Hin und Her sagte dann der Beamte, wir könnten machen, was wir wollten, er würde auch machen, was er wolle. Nun entschloß sich der Vorstand, die Versammlung doch zu eröffnen. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und ertheilte der Referentin das Wort. Hierauf trat der Herr Wachmeister ums Wort und fragte, ob Damen anwesend wären, die nicht dem Verbands angehören. Die Frage wurde wohl nicht richtig verstanden, denn es meldete sich Niemand. Nun fragte der Beamte, ob Damen anwesend wären, welche dem Verein angehören. Hier meldete sich die Schriftführerin und der Wachmeister antwortete: „Im Namen des Vereines erkläre ich die Versammlung für aufgelöst!“

Was verließ schleunigst den Saal, natürlich die jungen Damen unter vielem Wehklagen, denn sie hatten sich köstlich amüsiert, und waren nun, nachdem sie bemerkten, was für wichtige Personen sie doch sind, ganz begeistert für die Sache, und blieben noch im Garten bei einem Glase Bier eine Stunde mit der Referentin zusammen, welche bei dieser Gelegenheit erfahren konnte, mit wie wenig Geld es sich in Thora leben läßt, denn 60-70 Pfg. sind Normallohne. Nun, wir werden den Muth nicht verlieren, und hoffen, daß diese Angelegenheit sogar auch noch den Herren Pfefferkuchnern mal die Augen öffnet, die auch wahrlich kein süßes Leben haben, obgleich sie die berühmten Thorer Süßigkeiten anfertigen, aber ein großer Theil kann sich damit trösten, daß sie bei Kaiserlichen und Königl. Hoflieferanten arbeiten dürfen. Zum Schluß bedauern wir noch die Herren Sozis, die sich zu diesem Tage extra eine Kraft importirt hatten, und nun nicht auf ihre Kosten kamen; schade um die Diäten. E. B.

## Verbands-Zeitel.

**„Zammelliste“)**  
für die ausgesperrten Gewerkevereinskollegen in Bayern.  
Bergarbeiter: Zaborze 5,00, Waldenburg 1,40, Fabrik- u. Handarbeiter: Ertrath 1,50, Sartau i. Schl. 5,00, Graph. Berufe: Halle 10,00, Konditoren: Berlin II 6,00, Klempner u. Metallarbeiter: Charlottenburg 5,00, Maschinenbau- und Metallarbeiter: Altenburg 5,00, Bruchhausen II 5,00, Vornburg 3,00, Dresden I 10,50, Dresden III 15,00, Dortmund I 7,45, Oremsdorf 25,00, Gauden 15,70, Grünberg i. Schl. 6,00, Gumbinnen 9,85, Halle I 15,00, Leipzig IV 5,00, Kiel 5,00, Langelow 20,00, Wildau 5,00, Wismar 10,00, Zinbau 5,00, Berlin VII 15,00, Bredow 8,40, Apolda 10,00, Mügeln 10,00, Königshütte 11,50, Eisler: Biberach 10,00, Breslau 14,10, Elbing 10,00, Sueder: Bremerhaven 5,00, Stuhlarbeiter: Kriegshaber 10,00, Privat: R. Müller-Berlin 2,00. **Summa 312,40 RM.**  
Berlin, 19. Juni 1905. J. B.: S. Reuschel, Verbandssekretär.

\*) Geldsendungen an den Verbandskassirer Rudolf Klein, Berlin N.O. 65, Greifswalderstr. 221/23.

\*) **Sächsischer Ausbreitungsverband.**  
Protokoll der 2. Vorstandssitzung vom 28. Mai 1905, Ab. 10 Uhr, in Dresden-K., Bebergasse 28. Anwesend sind Klausch, Müllsch, Dietrich sowie

Reißiger Anders, Schnabel, Berndt, Schilling und Dr. Rahm. Der Vorsitzende Klausch gab Bericht von der Uebergabe in Leipzig, ferner über die Kassenerhältnisse. Ueber einige Punkte soll vom jüngeren Ausschuss noch Aufklärung erbeten werden. Die Punkte Statutenänderung und Bezirks-einteilung wurden vertagt. Schluß der Sitzung 12 Uhr.

Protokoll der 3. Vorstandssitzung vom 29. Mai 1905, Ab. 8 1/2 Uhr, im Arbeitsnachweis, kleine Brüdergasse 5. Anwesend sind Klausch, Wiltsch, Dietrich, sowie Reißiger Anders, Schnabel, Berndt, Schilling und Dr. Rahm. Als 1. Punkt wurde Statutenänderung zur Debatte gestellt. Diese wurde nach den Beschlüssen der Delegiertenversammlung in Buchholz und Chemnitz abgeändert; auch wurde eine Geschäftsordnung dem Statut beigegeben. Bezirks-einteilung und Wahl der Vertrauensmänner: Sachsen wurde in 24 Bezirke eingeteilt; die Wahl der Vertrauensmänner bleibt den Ortsvereinen des Bezirkes überlassen. Ferner wurde ein Rundschreiben aufgesetzt und bestimmt, dasselbe drucken zu lassen. Es werden von jedem 2000 Stück bestellt und ist dieses, sobald der Druck fertig ist, zu versenden. Ferner wurden die eingegangenen Schreiben gelesen und Kollege Klausch beauftragt, dem Ortsverein der Klempner in Radeberg zu Sonnabend, 4. Juni, zu besuchen. Schluß der Sitzung 11 1/2 Uhr.

Protokoll der 4. Vorstandssitzung vom 2. Juni, Webergasse 28, Ab. 9 Uhr. Anwesend waren Klausch, Wiltsch, Dietrich, sowie Reißiger Anders, Schnabel, Schilling und Dr. Rahm. Berndt fehlt entschuldigt und Spilger ist als Gast anwesend. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Statuten bis zum 13. Juni erledigt sind und zur Abschickung kommen. Ueber ein Schreiben von Leipzig entspann sich eine längere Debatte und wurde der Ausschuss beauftragt, nochmals zu schreiben. Ferner waren noch Schreiben eingegangen von Wöbeln, Stettin und Augsburg, welche erledigt wurden. Herr Dr. Rahm und Kollege Klausch gaben Bericht über die Besuche in Meissen (Zettlarbeiter) und in Radeberg (Klempner). Ferner gab der Kassierer die Kassenerhältnisse bekannt. Nach Erledigung verschiedener Anträge war Schluß der Sitzung 12 Uhr. M. Wiltsch, Schriftführer.

**Züddeutscher Ausbreitungsverband.**  
Protokollauszug der Vorstandssitzung vom 5. Juni 1905.  
Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung Abends 8 Uhr, die Kollegen Kieger und Schuler fehlen. Das Protokoll der letzten Sitzung wird gelesen und angenommen. Mit dem nun angestellten Beamten soll ein Vertrag abgeschlossen werden und wird der Vorsitzende der nächsten Sitzung einen solchen in Vorlage bringen. Nachdem durch die am Delegiertenversammlung gefassten Beschlüsse es notwendig erscheint, in allen Ortsvereinen aufräubernd zu arbeiten, wird beschlossen, den Beamten in der Zeit vom 1. bis 15. Juli nach Ulm, Stuttgart, Göttingen, Hildesheim, Oerterkheim, Unterlüschen, Canstatt, Stuttgart, Berg-Stuttgart, Schramberg, Alpirsbach, Röhrenbach und Lauterbach zu senden. Zugleich sind auch allenfallsige Einzelmitglieder aufzusuchen bezw. Gründung von Ortsvereinen und sollen solche der Leitung gemeldet werden. Kollege Kieger tritt ein. Ein Einlauf des Kollegen Goldschmidt, worin mitgeteilt wird, daß C. Hahn-Burg nach Göttingen kommt, wird zur Kenntnis genommen. Hierauf folgen die Reiseberichte der Kollegen Weidner und Eit und werden dieselben beifällig aufgenommen. Vom Kollegen Kieppeler-Schramberg liegt ein Schreiben vor, worin über eine abgehaltene Versammlung berichtet und zugleich der Beitritt des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter Röhrenbach gemeldet wird. Nachträglich Genehmigung finden die vom Bureau getroffenen Verfügungen, wonach bei den Bediensteten Augsburg der Kollege Dürr, in Pödingen Eit, in Waler Augsburg Kollege Müller, Bauhandwerker Augsburg Kollege Lindner, in Göttingen die Kollegen Jenz und Kägel und in Regensburg die Kollegen Seitz und Weidner Referate hielten, worüber die anwesenden Kollegen Berichte geben und daraus zu ersehen ist, daß ein Ortsverein der Bauhandwerker gegründet wurde. Weitere Einläufe aus Schlicht und Ansbach werden zur Kenntnis genommen, desgleichen von Düsseldorf und vom Ausbreitungsverband von Rheinland und

Westfalen. Der nächste Punkt, Zeitungsfrage, wird lebhaft diskutiert und wird beschlossen, mit allen Kräften für die Bewirkung einer zu erscheinenden Tageszeitung einzutreten. Hierauf schließt der Vorsitzende um 12 1/2 Uhr die Versammlung. M. Jenz, Schriftführer.

**Protokoll der 6. Vorstandssitzung des Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverbandes der Deutschen Gewerkschaften am 27. Mai, Abends 8 Uhr, im Konferenzzimmer des Sekretariats. Anwesend sind Ziegler, Heinen, Willems, Grüben, Lange, Marbus und Moritz, sowie der Arbeitersekretär Erlenz. Als Vertreter des Ausbreitungsverbandes wird Kollege Ziegler an den Verhandlungen des Delegiertenkongresses der Bergarbeiter teilnehmen. Erlenz berichtet über seinen Besuch des volkswirtschaftlichen Kursus der evangelischen Arbeitervereine in Frankfurt. Er schlägt vor, auf diesem Wege fortzuschreiten und den evangelischen Arbeitervereinen alle Aufmerksamkeit zu widmen. Es wird beschlossen, zur nächsten Sitzung einen der Teilnehmer einzuladen. Erlenz teilt mit, daß es nunmehr angebracht sei, die Mitgliedschaft des Ortsvereins deutscher Buchhändler zu erwerben und eine Buchhandlung zu errichten. Es wird beschlossen, eine Buchhandlung unter dem Namen Buchhandlung und Verlag Gewerkschaften Düsseldorf zu errichten, dazu die Mitgliedschaft im Ortsverein zu erwerben, einen größeren Bücherbestand einzukaufen und einen 14-16-jährigen Jungen für leichte Bureauarbeit anzustellen. Die Errichtung eines Antiquariats (soll wohl heißen: Antiquariats. Red. des Gewerks.) wird vertagt. Erlenz macht verschiedene Mitteilungen betr. einer Konferenz. Er wird mit der weiteren Verfolgung der Sache betraut. Die vorliegenden Agitationspläne zur Tagesordnung werden gebilligt. Dem Kollegen Erlenz wird Urlaub erteilt für den Besuch des Delegiertenkongresses der Maschinenbauer. Schluß der Sitzung 12 Uhr Nachts. Grüben, Schriftführer.**

**Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.)**  
Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften, N.O., Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets willkommen. — **Sängerchor der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.)**  
Jeden Donnerstag, Ab. 9-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 24. Juni. Maschinenbau- u. Metallarbeiter III.**  
Ab. 8 1/2 Uhr bei Mohle. Dienstag, 27. Juni, Ab. 8 1/2 Uhr bei Frauen-Vereins. L.-D.: Wie stellen sich unsere Frauen zur Ausstellung der Heimarbeiter? Ref.: Frau Madel. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XI.**  
Ab. 8 1/2 Uhr bei Pluge, Ritterstr. 58. Vortrag des Kollegen Jordan. — **Fabrik- und Handarbeiter I.**  
Ab. 8 1/2 Uhr, Tempelhofenstr. 20a. L.-D.: Vortrag des Kollegen Muffsch: Die Geschichte der Deutschen Gewerkschaften. — **Fabrik- und Handarbeiter V.**  
Ab. 8 1/2 Uhr bei Kranz, Dunderstr. 8. L.-D.: Protokolle. Bericht v. d. Kombinierten. Bild- und Metallarbeiter V. Ab. 9 Uhr bei Schwig, Linienstr. 72. — **Sonnabend, 1. Juli. Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII.**  
Ab. 8 1/2 Uhr, Drißstr. 41. L.-D.: Generalrats-Protokolle. Geschäftliches. Regulatorports. **Dresden. Graph, Porzelle und Waler.**  
Sonntag, 25. Juni, Ab. 8 Uhr, Alten Gumbacher, Webergasse 28 I. Versammlung. — **Niederrhein. Fabrik- u. Handarbeiter.**  
Sonntag, 25. Juni, Ab. 7 Uhr im Vereinslokal. L.-D. das.

**Dresdener und Medizinalverbände.**  
Düren (Ortsverband). Sonntag, 25. Juni, Vorm. 11 Uhr im Lokale Alkenberg Ortsverbands-Vereins. Vorträge des Kollegen Schiller-Syrum. — **Zährte (Ortsverband).**  
Sonntag, 25. Juni, Nachm. 4 Uhr Verbands-Vereins in Aplerbeck bei Stemann. Vortrag über die Notwendigkeit der Ortsverbände. **Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.**  
Dortmund. Agitationsbeamter von Westfalen, Heint. Lange, Dortmund, vom 1. Juli ab: Riffundstr. 4.

# Anzeigen=Zheil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Tüchtige Frasier, Dreher und Werkzeugmacher finden bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung.**  
Rheinische Metallwaren- u. Maschinenfabrik Abtheilung Sömmersda.

**Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.**  
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.  
**Verbandsgenossen!**  
Allen nach Berlin kommenden Verbandsgenossen empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logiräume zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Meldungen beim Hauswart Büchner, Durgengebäude. Das Bureau des Centralrats.

**Die Arbeiterberufsvereine und die Parteipolitik.**  
Der Leitartikel aus Nr. 5 des "Gewerkschaften" ist als Broschüre erschienen, die auf Wunsch in jeder Anzahl für die Agitation gratis zur Verfügung steht.  
Das Verbandsbureau, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

**Wittenberg und Umgegend** (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung hiesiger bestehender Ortsvereine bei ihren Kassieren, die übrigen Bezirke in der "guten Quelle", Dessauerstr. 94.  
**Gelsenkirchen.** Durchreisende Verbandsgenossen erhalten 1 Mark beim Kassierer B. Klein, Weidenstr. 21.  
**Reife-Rentand** (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten beim Ortsverbandskassierer B. I. a. c., Ring 2, 50 Pfg.

**Central-Arbeitsnachweis der Berliner Ortsvereine**  
(Hirsch-Dunder)  
und Herbergsverkehr befindet sich jetzt im Verbandsbureau, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.  
Fernsprecher Amt VII, 4720. Vermittlung kostenlos.  
Karten für freies Logis und Morgens Kaffee bei allen Ortsvereinskassieren Berlins. Zutreffende aus Verufen, welche in Berlin keinen Ortsverein haben, erhalten diese Karten im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/23.

**Erfurt** (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung beim Ortsverbandskassierer beim Ortsverbandskassierer B. B. u. b. i. c., Strobel, Blumenstr. 9. Forsterstr. 12.